Maske abwerfen, den vollen Terrorismus walten lassen zu dürfen. Bei uns liegt der Schutz des Bestehenden fast einzig und allein in der Stärke der öffentlichen Sicherheitsorgane — Polizei, Gendarmerie und hinter ihnen, als letzter, nie versagender Rückhalt, die Armee. Wäre das anders, so würden wir kein Haar besser daran sein als die Amerikaner; denn der Umsturz fürchtet auf der weiten Welt nichts, aber auch absolut nichts als die Ueberlegenheit der materiellen Gewalt; auf das Gesetz „pfeift“ er, Religion und Sitte mißachtet er, Recht und Billigkeit tritt er mit Füßen. Nicht umsonst concentrirt die socialdemokratische Hetzpropaganda die ganze Fülle ihres Hasses auf den „Militarismus“ und macht die Verwirklichung ihrer sorgfältigst geheim gehaltenen letzten Ziele von der vorgängigen Erlegung „Molochs“ abhängig. Was am letzten Ende der propagandistischen Hetze gegen das Bestehende lauert, zeigen uns die gegenwärtig auf amerikanischem Boden sich abspielenden Vorgänge in erschreckender Häßlichkeit.

Warum bei uns in Deutschland die von der Socialdemokratie ausgestreute Saat so üppig aufgehen und zu anarchistischen Blüthen sich auswachsen kann, das hat die „Nordd. Allgem. Ztg.“ jetzt glücklich entdeckt: weil der vorige Reichstag die Erneuerung und theilweise Aenderung des Socialistengesetzes ablehnte! Dadurch ist die Reichsregierung gezwungen, die Hände in den Schooß zu legen und die socialdemokratische Saat ruhig wachsen zu lassen! Wörtlich führt das Hausorgan des Reichskanzlerpalais dem Vorwurfe eines klerikalen Blattes gegenüber aus:

„Das Socialistengesetz ist nicht von der Regierung aufgehoben, sondern außer Uebung gekommen, weil der Reichstag im Jahre 1890 eine Vorlage der verbündeten Regierungen, die eine Erneuerung und theilweise Aenderung des dem Ablauf zuneigenden Socialistengesetzes vorschlug, ablehnte. Eine parlamentarische Lage, die einer Wiederholung des Versuches der verbündeten Regierungen auch nur die geringste Aussicht auf Erfolg eröffnet hätte, hat sich seitdem nicht dargeboten. Es kann also schlechterdings nicht die Rede davon sein, daß die Regierung die angebliche Thatsache, daß die Ausnahmegesetzpolitik gegen die Socialdemokratie ein Fiasko erlitten, anerkannt hätte. Es liegt kein positiver Act der verbündeten Regierungen aus den letzten vier Jahren vor, der einen Schluß nach der einen oder nach der anderen Seite gestattete. Auch alle Vorwürfe von der Gegenseite über das Ausbleiben schärferer gesetzgeberischer Maßregeln gegen die Socialdemokratie sind somit, auf Grund desselben Thatbestandes, soweit sie sich gegen die Regierung wenden, gegenstandslos. Wir haben allen Grund zu der Annahme, daß die verbündeten Regierungen sich über die Gefahren, die dem Staat und der gesunden Gesellschaftsordnung von Seiten der Socialdemokratie drohen, und über das Maß von Besserung oder gar Heilung, welches die letzten drei Jahre gebracht hätten, keiner Täuschung hingeben. Es ist die allerschwerste Gefahr, wenn man sich in krankhafte Zustände dermaßen hineinlebt, daß man ihren anormalen und verderblichen Charakter gar nicht mehr empfindet und sie für gesund hält. Die weite Verbreitung einer zügellosen und höhnischen Sprache gegen unsere Staatseinrichtungen, die Schwächung der Gegenwehr gegen die umstürzlerische Agitation und vor Allem die Umwandlung in der Denkweise des schlichten patriotischen Bürgers und Landmanns, der nicht begreift, wie die Obrigkeit der Ausstreuung einer solchen giftigen Saat geduldig zusehen kann, und sich schließlich in eine andere Auffassung von der Macht der Obrigkeit hineinleben muß, sind unter allen Umständen Krebsübel für den monarchischen Staat. Es ist richtig, daß die gegenwärtigen Verhältnisse auf der andern Seite den Vorzug bieten, daß sie das liberale Bürgerthum aus seiner Passivität aufrütteln und in Folge drastischer Erfahrungen am eigenen Leibe von seinen doctrinären Passionen befreien. Es lassen sich, neben manchen illusorischen, auch noch einige weitere leidlich reelle Momente des Gewinnes aufzählen. Im Ganzen aber ist die Ansicht, daß die Wagschale sich nach der Seite der Nachtheile senkt, auch durchaus verständlich. Aber wir wiederholen die Frage: Trägt die Regierung die Schuld an diesem Stande der Dinge? Es ist billig, große Thaten und Beweise der kräftigen Hand gegenüber der Socialdemokratie von den verbündeten Regierungen zu verlangen, wenn man ihnen weder — wie es nach dem Tivoli-Tage noch auch von der conservativen Partei gesagt werden muß — die erforderlichen scharfen Waffen bewilligen, noch ihnen sonst auf dem Wege folgen will, der zu einer Zurückdämmung der Socialdemokratie führen muß?“

Es ist schwer, einer solchen „Beweisführung“ gegenüber sich in den Grenzen des parlamentarischen Anstandes zu halten. Hat denn die Reichsregierung, weil der vorige Reichstag die Militairvorlage abgelehnt hatte, sich für verpflichtet erachtet, Alles beim Alten zu lassen? Hat sie nicht vielmehr den vorigen Reichstag aufgelöst und an das deutsche Volk appellirt, daß es Vertreter entsenden möge, die besser das Wohl des Reiches zu fördern wüßten? Und ist nicht ein Reichstag gewählt worden, mit dem die Reichsregierung über die Heeresreform sich verständigen konnte? Warum ist nun der Versuch unterblieben, mit diesem neuen Reichstage über ein Mittel sich zu verständigen, das ein „Krebsübel“ zu heilen und eine „allerschwerste Gefahr“ abzuwenden vermöchte? Warum? Weil ein aufgelöster, von der Reichsregierung als blind und unbrauchbar nach Hause geschickter Reichstag seine Mitwirkung an der Erneuerung und Abänderung des Socialistengesetzes verweigert hat? Heißt das nicht geradezu erklären: „Es geschieht dem alten Reichstage schon recht, wenn ein Krebsübel an dem monarchischen Staate frißt; warum hat er das Socialistengesetz nicht erneuert?“ Es ist schade, daß der neue Reichstag nicht versammelt ist und den Herrn Reichskanzler nicht darüber interpelliren kann, welche Wirkung er sich von solchen officiösen Leistungen verspricht!

Der jungtschechischen Partei Böhmens droht eine ernste Zersplitterung insofern, als die radical vorwärts stürmenden, von social-anarchistischen Impulsen getriebenen Elemente von den besonneneren älteren Führern sich abzusondern im Begriff stehen. Aber so groß die Genugthuung der Deutschen Böhmens über diese Scheidung der Geister sein muß, so wesentlich wird sie beeinträchtigt durch die Nachricht, daß die Mitglieder des Clubs der deutsch-nationalen Vereinigung in den letzten Tagen Einladungen zur Errichtung eines nicht politischen Vereins unter dem Namen „Bund der Deutschen in Böhmen“ erhalten haben. Als das Ziel dieses unpolitischen Vereins wird in einem von den Abg. Bareuther, Kindermann und Prade unterzeichneten Aufruf angegeben: „Mittel und Wege zu bieten zur Abwehr der gegnerischen Angriffe im Lande und zum Schutze für den Bestand, die Wohlfahrt und die Machtstellung der Deutschen in Böhmen.“ Die Gründer behaupten, daß die deutsch-liberale Partei und ihre Leitung die eigentliche nationale Arbeit nicht so fördern und aufmuntern, daß Erfolge erzielt werden können. Sie stellen sich also in Gegensatz zu der Parteileitung, die durch die Vertrauensmänner der Deutschen in Böhmen constituirt wurde. Dieser neuerliche Versuch, die bis zum Tode Schmeykal's aufrechterhaltene Einigkeit der Deutschen in Böhmen zu vernichten, beweist nur, daß die Erfahrungen der letzten Jahre von den Deutsch-Nationalen in Böhmen nicht beherzigt worden sind. Man vergißt und will nicht daran erinnert werden, daß die Deutschen in Böhmen ihre größten Erfolge in den Zeitläufen der Aera Belcredi, Hohenwart und Taaffe nur ihrem oft gerühmten einigen Vorgehen zu danken hatten. Es kann für ihre tschechischen Gegner nichts erfreulicher sein, als zu sehen, daß diese Einigkeit, die so oft dem tschechischen Ansturm einen unbesiegbaren Widerstand entgegensetzte, durch die Deutschen selbst aufgegeben und untergraben wird. Hoffentlich ist es noch nicht zu spät, die Agitation der Deutsch-Nationalen zu paralysiren.

Was in Frankreich an politischer Agitation Alles möglich und erlaubt ist, dafür erbringt ein kürzlich überall, namentlich aber in Versailles und Umgegend in den Tagen vor dem Congreß verbreitetes Flugblatt einen sprechenden Beweis. Dasselbe beschäftigt sich mit dem „heiligen, ungenähten“ Rock von Argenteuil, und zum Schluß behauptet der als „Schriftwart der Jungfrau von Orleans“ sich unterzeichnende Verfasser, er habe beim inbrünstigen Gebet vor dem heiligen Rocke folgende Offenbarung von Gott, von Notre-Dame de la Salette und von der Jungfrau von Orleans empfangen: „1. Prinz Victor Napoleon V. wird regelrecht und friedlich zum Präsidenten der Republik ernannt, wenn die directe Wahl durchs Volk und nicht nur durch den zum Congreß vereinigten Senatoren und Deputirten stattfindet. Die parlamentarisch verstümmelte Wahl kann die wahre Stimme des Volkes — vox populi vox Dei — nicht ersehen. 2. Wenn man einen Präsidenten erwählt, der nur der werthlose Vertreter einer Sippe ist, kommt Prinz Victor Napoleon V. dennoch zur Herrschaft, aber nach einem Bürgerkriege. 3. Sobald Napoleon V. die Regierung antritt, erlangt er Elsaß-Lothringen wieder, entweder friedlich, ohne Blutvergießen, auf rein diplomatischem Wege, oder nach einem kurzen, mörderischen Kriege. 4. Obgleich ich nun schon über 72 Jahre alt bin, geben mir Gott, Notre-Dame de la Salette und die Jungfrau von Orleans die Versicherung, daß meine Seele sich nicht von meinem Körper trennen werde, ohne daß ich den Prinzen Victor Napoleon V. an der Regierung, die Jungfrau von Orleans heilig gesprochen und Elsaß-Lothringen mit Frankreich wieder vereinigt gesehen.“ — Da sieht man Napoleonismus, Ultramontanismus und Chauvinismus im Bunde gegen die Republik, zur Freude und zum Vortheil jener Secte, die überhaupt keine Regierungsform anerkennt!

Aus den die französisch-russische Allianz behandelnden zwei ersten Capiteln des Tolstoi'schen Werkes „Vaterlandsliebe und Christenthum“ bringt das Londoner „Daily Chronicle“ einen Auszug, der nicht ohne politisches Interesse ist. Tolstoi vergleicht danach die Festlichkeiten in Toulon und den russisch-französischen Gefühlsaustausch einfach mit einer geistigen Epidemie; der Endzweck sei nicht Friede, wie in allen Reden wiederholt worden sei, sondern Krieg. Das Ganze sei ein frecher Betrug. Die plötzliche Liebe der Russen für die Franzosen sei ebenso falsch wie der russische Haß gegen die Deutschen. Das russische Volk habe weder vor, noch nach den Toulouner Festlichkeiten besondere Liebe für die Franzosen oder Erbitterung gegen die Deutschen gefühlt. Tolstoi warnt vor einer Wiederkehr der Sachlage vor dem türkisch-russischen Kriege. Plötzlich entdeckte man große russische Sympathien für die slawischen Brüder, von denen man seit Jahrhunderten nichts mehr gehört. Männer wie Aksakow und Katkow, die jetzt in Paris für Musterpatrioten gelten, fachten die künstliche Begeisterung an. Die Presse log und erfand, und schließlich war Alexander II., obgleich er den Krieg verabscheute, zum Kriege genöthigt. In derselben Weise werde Alexander III. durch Machtumstände zum Kriege getrieben werden. Daher protestirt Tolstoi gegen die Ansicht der Journalisten, daß alle Russen mit den Vorgängen in Kronstadt und Toulon sympathisirten. Millionen von Russen seien entrüstet und angeekelt von den verderblichen Lügen, die über die Stimmung des russischen Volkes verbreitet würden.

Ein englisches Gericht hat gegen Ende voriger Woche den Anarchisten Brall wider alles Erwarten freigesprochen, obgleich man bei ihm alle möglichen Sprengutensilien vorgefunden hatte. Sein Vertheidiger Farrelly überzeugte die Jury, daß der Angeklagte von den in seinem Hause gefundenen Sprengstoffen keinen schlimmen Gebrauch habe machen wollen. Ein Pole, Namens Schabera, hatte sie bei seinem Umzuge bei Brall gelassen. Brall selbst stellte nicht in Abrede, daß er Anarchist und Mitglied der eingegangenen „Autonomie“ sei. Von Gewaltthaten aber wolle er nichts wissen. Richter Grantham sprach das entscheidende Wort: Die Jury dürfe den Angeklagten nicht deshalb verurtheilen, „weil er ein Anarchist sei“. Habe er Explosivstoffe zu ungesetzlichen Zwecken im Besitz gehabt? Würde die ganze Menge Quecksilberfulminat, welche man bei Brall fand, den Schluß rechtfertigen, daß er es nur zu ungesetzlichen Zwecken gebrauchen wollte? Die Jury folgte, wie es fast stets in England der Fall ist, dem Gedankengange des Richters und sprach den Angeklagten frei. Die Ueberlegung kostete sie nur drei Minuten. Als ob nicht Sprengstoffe im Besitz eines sich offen zum Anarchismus bekennenden Individuums eben durch dieses Zusammentreffen schon eine ganz besondere Bedeutung erhalten, insbesondere, wenn derselbe noch bekennt, sie für einen „Propagandisten der That“ in Verwahrung genommen zu haben! Von liberalen englischen und radicalen deutschen Blättern ist immer argumentirt worden: Wozu das englische Asylrecht beschränken? Albion hat eine gute politische Polizei und drakonische Gesetze gegen Dynamitarden, darum mögen sich die Bombenmänner aller Länder immer in London versammeln, sie werden streng überwacht und, wenn auf der Propaganda der That betreten, zu abschreckenden Strafen verurtheilt. Wie unstichhaltig diese Argumentation ist, und wie Recht Lord Salisbury mit seinem am Freitag vom Oberhaus in erster Lesung angenommenen Antrag auf eine Beschränkung der Einwanderungsfreiheit hatte, lehrt der Ausgang des Processes Brall. Hoffentlich überzeugt sich auch Premierminister Lord Rosebery von der Nothwendigkeit und Dringlichkeit des Salisbury'schen Antrags; hat er doch schon erklärt, „er werde ihn mit dem Wunsche, ihm im freundlichsten Geiste entgegenzukommen, erwägen“, eine Schlußwendung, aus der hervorzugehen scheint, daß der heftige Ton, mit welchem sich der Premier gegen seinen Vorgänger im Amte wandte, weniger dem Antrage selbst als der Form seiner Begründung gelten sollte. Die ganze, mit den thatsächlichen Erfahrungen im Widerspruch stehende ministerielle Polemik macht in der That den Eindruck, als gebe Rosebery wie Jedermann stillschweigend zu, daß England eine „Zufluchtsstätte auswärtiger Mörder“, der „Hauptherd der unseligen Verschwörungen im Auslande“ und ein Land sei, „welches besonders die anarchistischen Attentate auf fremde Souveräne fördere“, dürfe das aber, sobald solche Beschuldigungen offen und noch dazu von einem früheren Minister ausgesprochen werden, als Ministerpräsident nicht Wort haben, weil ein solches officielles Eingeständniß „den auswärtigen Beziehungen Englands schaden“ könne. Der weitere Verlauf der parlamentarischen Verhandlung muß ja bald zeigen, ob das Cabinet Rosebery sich der Höhe seiner Aufgabe und der gegenwärtigen Lage gewachsen zeigt, oder nicht. Im verneinenden Falle wäre der Schaden kein irreparabler, da der Tage der jetzigen, von der Gnade der Radicalen lebenden Regierung wohl nicht mehr allzuviele sind.

Deutsches Reich.

△ **Berlin**, 8. Juli. Es bestätigt sich, daß der Vertreter von Metz im Reichstag, Dr. Haas, sein Mandat niedergelegt hat; die Anzeige soll dem Präsidenten bereits zugegangen sein. Der Vorgang ist insofern erfreulich, als er beweist, daß selbst in Metz ein Reichstagsabgeordneter nicht mehr möglich ist, der, obwohl selbst von deutscher Herkunft, seine deutschfeindliche Gesinnung so demonstrativ zur Schau trägt, daß er seinen Sohn französischer Officier werden läßt. Die Stadt Metz hat bisher ausschließlich Protestmänner im Reichstag gehabt. Würdig des Herrn Haas war namentlich der Thierarzt Antoine. Eben der Rücktritt des Herrn Haas beweist aber, daß auch in Metz neuerdings ein Umschwung der Stimmung stattgefunden hat. In der Stadt ist, verhältnißmäßig noch mehr als in Straßburg, eine starke eingewanderte deutsche Bevölkerung bei fortdauerndem bedeutenden Abzug der Eingeborenen vorhanden, so daß bei den Reichstagswahlen schon stark mit dem deutschen Element gerechnet werden muß. Während früher der Protestcandidat stets fast einstimmig gewählt wurde, erhoben sich im vorigen Jahre bereits viertehalbtausend antisemitische und ebenso viel socialdemokratische Stimmen gegen Herrn Haas, für den sich auch viele Deutsche erklärten, weil er damals für einen gemäßigten Mann galt und sich vor der Wahl den Anschein eines solchen zu geben wußte. Es wird denn auch bereits ein deutscher Candidat genannt, der wohl auch die Stimmen von vielen gemäßigten Eingeborenen erhalten dürfte, Seminardirector Rigetit, Katholik und geborener Westfale. Auf alle Fälle wäre das eine Verbesserung gegen Herrn Haas. Während in früheren Jahren von deutschfreundlichen Vertretern aus den Reichslanden äußerst wenig im Reichstag zu sehen war, sitzen jetzt neben sieben Mitgliedern, die auf dem Protestistandpunct stehen, fünf deutschfreundliche Abgeordnete (Pöhlmann, Dr. Bostetter, Prinz Hohenlohe, Dr. Höffel, Zorn von Bulach) und die Socialdemokraten Bueb und Bebel. Aus dieser Vertretung ist eine erhebliche Besserung der Stimmung zu erkennen, zumal da auch das Mandat von Straßburg den Socialdemokraten sicher nicht dauernd verbleiben wird.

* **Berlin**, 8. Juli. Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht heute in seinem nichtamtlichen Theile folgende Erklärung: „Im Laufe der letzten Wochen haben verschiedene Tagesblätter Klagen über den angeblich ungenügenden Schutz der Deutschen in Mittel-Amerika erhoben in Anknüpfung theils an eine Flugschrift des Dr. Hermann Prowe in Retalhulen, theils an Privatmittheilungen aus Salvador und Guatemala. Was den Fall Prowe anlangt, so hat dieser Deutsche die ihm in Salvador zugezogenen Unbilden selbst verschuldet. Er hat durch Theilnahme an Schritten, die darauf abzielten, den Commandanten von Salvador, General Ruiz Pastor, aus seiner Stellung und aus dem Lande zu drängen, diesen Officier dazu gereizt, ihn, unter thätlicher Beschimpfung, zum Zweikampf herauszufordern. Das Duell ist durch das Einschreiten des Präsidenten der Republik vereitelt worden, der hierbei und insbesondere darin, daß er Prowe ebenso wie dessen Gegner für einige Zeit in Gewahrsam nehmen ließ, nur im Rahmen der Befugnisse seines Amtes und der Gesetze des Landes gehandelt hat. Die gerichtliche Untersuchung des auf Prowe verübten thätlichen Angriffs wurde abgebrochen, nicht wie Prowe angiebt, weil der Präsident der Republik widerrechtlich das Verfahren niedergeschlagen hätte, sondern weil dieses infolge der Entweichung Prowe's aus Salvador keinen Fortgang nehmen konnte. Weiterhin ist dem Verfahren auch durch den Tod des Generals Pastor der Boden entzogen worden. Ein Fall der Justizverweigerung oder Verschleppung liegt nicht vor. Was die sonstigen, in einzelnen Blättern gegen die Vertretung der deutschen Interessen in Central-Amerika vorgebrachten gehässigen Klagen betrifft, so sind ähnliche Beschwerden bei der vorgesetzten Behörde nicht eingegangen. Gegenüber privaten Nachrichten aus Salvador kann auf Grund telegraphisch eingeholter Auskunft mitgetheilt werden, daß der deutschen Gesandtschaft bei den mittelamerikanischen Freistaaten Meldungen über die heimliche Ermordung von Deutschen von keiner Seite gemacht worden sind.“

— Wie schon früher gemeldet wurde, sind im Reichsjustizamt und Justizministerium Arbeiten zur Revision der Civilproceßordnung in Vorbereitung, deren Abschluß in einigen Monaten erwartet werden darf. Die in Vorschlag gebrachten Aenderungen dürften, wie die „Nordd. Allgem. Ztg.“ meldet, auf eine erhebliche Vereinfachung des Verfahrens abzielen, die Zuständigkeit des Einzelrichters im Zusammenhange mit der im Strafverfahren angebahnten Ausdehnung der Zuständigkeit der Schöffengerichte erweitern und endlich das Zustellungswesen reformiren, während eine Aenderung der Gerichtsvollzieherfunctionen vor Erledigung des letzteren Punctes nicht beabsichtigt sein dürfte.

— Der Kaiser hat bestimmt, daß die Befestigungen bei Molsheim i. E. fortan die Bezeichnung „Feste König Wilhelm II.“ zu führen haben.

— Ueber den Stand der Angelegenheit v. Kotze berichtet heute die „Kreuzzeitung“:

„Mit der Haftentlassung des Ceremonienmeisters Rittmeisters z. D. v. Kotze ist das kriegsgerichtliche Verfahren noch nicht als beendet anzusehen, wie dies einige Blätter melden. Die Angelegenheit schwebt noch; sie liegt so, daß entweder das Verfahren eingestellt wird, weil sich Beweise für eine Schuld nicht ergeben haben, oder daß, im entgegengesetzten Falle, das Hauptverfahren eingeleitet, d. h. es zu einem Kriegsgericht kommen wird, das über Schuld oder Unschuld zu urtheilen haben würde. Jedenfalls ist darüber zunächst ein amtlicher Bescheid abzuwarten, der wahrscheinlich dem Herrn v. Kotze von dem zuständigen Gerichte in diesen Tagen zugehen dürfte.“

Was sonst über die Angelegenheit in den Blättern gemeldet wird, ist größtentheils frei erfundener Klatsch.

— Ueber Hohe Pascha und die Gründe seines Dienstaustrittes sind die „Berl. Neuest. Nachr.“ ganz anderer Ansicht als die Münchener „Allgem. Ztg.“. Die „B. N. N.“, die sonst in seltenen Fällen für die Männer des neuen Curses eintreten, nehmen entschieden Partei für den Botschafter Fürsten Radolin gegen Hohe Pascha. Das Blatt, das augenscheinlich in Diplomatenkreisen Erkundigungen eingezogen hat, schreibt nämlich:

„Im Hinblick auf den Dienstaustritt des Ferik Hohe Pascha hören wir noch, daß der Anlaß hierzu nur äußerlich ein Meinungsconflict mit dem deutschen Botschafter Fürsten Radolin war. Sicherlich lagen dazu seit längerer Zeit weiter reichende Gründe vor. Hohe Pascha hatte übrigens, was der türkischen Regierung nebenbei nicht einmal angenehm war, in seinem Gebahren und in der Gestaltung seines gesellschaftlichen Lebens den Deutschen völlig abgestreift und einen nach der französischen Richtung gravitirenden Internationalismus angenommen, so daß z. B. selbst wenn deutsche Landsleute kamen, in den Salons der Frau von Hohe nur französisch gesprochen wurde. Bei der neu hervortretenden Geltung, die das deutsche Element als solches am Goldenen Horn gewonnen hat, wird man wenigstens in diesen Kreisen der Entscheidung des Kaisers zu Gunsten des deutschen Botschafters und gegen Herrn von Hohe Pascha eine gewisse Sympathie entgegenbringen.“

— Dem am 6. Juli Nachmittags verstorbenen Geheimen Postrath und vortragenden Rath im Reichs-Postamt, Karl Grawinkel, widmet der „Reichsanzeiger“ folgenden Nachruf:

„Der Heimgegangene war ein Mann von gediegenem Wissen, vorzüglicher fachmännischer Begabung und großer Pflichttreue. Seine den Fortschritten der Elektrotechnik stets aufmerksam folgende Thätigkeit und der reiche Schatz seiner Erfahrungen in Verbindung mit einer großen Arbeitskraft machten sein amtliches Wirken zu einem besonders fruchtbaren. Die ihm eigene edle Einfachheit und die Lauterkeit seines Charakters haben ihm allgemeine Werthschätzung eingetragen und lassen die tiefe Lücke, welche sein frühzeitiges Dahinscheiden hinterläßt, um so schmerzlicher empfinden. Sein Andenken wird in der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung dauernd in Ehren gehalten werden.“

— Man nimmt an, daß der Premierlieutenant v. François mit dem am 10. Juli fälligen Woermanndampfer in Hamburg eintreffen werde. Die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen beruhen darin, daß er seine Untergebenen unwürdig behandelt und gegen die Europäer in Deutsch-Südwestafrika ein Benehmen an den Tag gelegt haben soll, durch das diese sich verletzt fühlten.

— Der japanische Gesandte Vicomte Aoki, der bekanntlich zur Zeit auch am englischen Hofe beglaubigt ist, wird erst mit Ende der Londoner Season nach Berlin zurückkehren.

* **Dortmund**, 7. Juli. Für eine Reihe von Zechen hat das hiesige königliche Oberbergamt scharfe Polizeiverordnungen zum Zwecke der Einschränkung von Schlagwetter-Explosionen erlassen. Es muß den Bergwerken eine solche Menge frischer Wetter zugeführt werden, daß auf jeden in der Grube befindlichen Mann mindestens drei Cubikmeter die Minute entfallen. Reicht dieses Quantum an frischer Luft nicht aus, um den Kohlenwasserstoff der die einzelnen Bauabtheilungen durchstreichenden Wetterströme unter 1 Procent herabzudrücken, so muß dasselbe erhöht werden. Zur Ueberwachung der Wetterverhältnisse ist ein besonderer Steiger anzustellen, dessen Befugnisse genau geregelt sein müssen; dem Revierbeamten ist hiervon Kenntniß zu geben. Die Verwendung von Schwarzpulver in den Flötzen der Gaskohlenpartie ist gänzlich verboten, nur Guhrdynamit, Sprenggelatine und Gelatinedynamit sind beim Sprengen in der Kohle zugelassen. Die Schießarbeit darf nur durch besonders angestellte Schießmeister ausgeübt werden. An einzelnen ganz entfernten Puncten dürfen mit schriftlicher Genehmigung des königlichen Revierbeamten die Ortsältesten als Schießmeister fungiren. Die Hauptsache aber ist, daß alle die veralteten Wetterlampen beseitigt werden und nur solche mit innerer Zündvorrichtung zugelassen sind. Bis zum 1. Januar 1896 müssen sämmtliche Lampen auf den in Frage kommenden Gruppen mit innerer Zündvorrichtung (Zündpille) eingeführt sein.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Auskünfte. Simon & Dietze, Reichsstrasse 6. Begr. 1876.
Einzeln 3 ℳ Im Abonnement 6 10 25 50 100 Zettel.
16 14 30 55 100 ℳ
auf Deutschland und D.-Oesterreich. — Alles Nähere im Geschäftsplan. Adressen-Ausgabe. Agentenbeschaffung. Special-Auskünfte 5—20 ℳ

Patent **Das ewige Feuer,** Patent
A. Beulshausen's Patent-Ofen etc. mit Grudefeuerung. Badeeinrichtungen. Plagwitz, Carl Heinestraße 79. Leipzig, Katharinenstraße 22.

1894er Importen.
Russische Cigaretten von hervorragendem Geschmack und Aroma.
Friedr. Ad. Coppius,
Petersstraße 15. Fernsprecher I, 2663.
Cigarren-Import, -Fabrik und Kautabakspinnerei.

Am siebenten Sonntage nach Trinitatis sind aufgeboten worden:

Thomaskirche.

1) G. E. Schneider, Gärtner in Wolkenburg bei Penig, mit M. M. Hilbert, Porzellanmalers hier Tochter. 2) G. H. Bär, Maler und Lackirer hier, mit E. Th. K. H. Krahmer, Geschirrhalters in Weimar Tochter. 3) F. W. Donath, Lehrer in Magdeburg, mit J. S. G. Wunder, Fabrikbesitzers in L.-Lindenau hinterl. Tochter. 4) E. A. Schmiedgen, Sergeant hier, mit A. P. Hennig, Handelsmanns in Schilbau Tochter. 5) J. W. Zimmermann, Zahntechniker hier, mit A. D. H. Giermann, Fleischermeisters in Geesthacht Tochter. 6) O. J. E. W. Wüstenhagen, Realschullehrer in L.-Gohlis, mit H. F. H. H. Wrede, Gutsbesitzers in Rippach bei Weißenfels hinterl. Tochter. 7) E. H. Illige, Putzmaurer hier, mit L. A. verw. Aßmann geb. Pfau aus Ballenstedt. 8) F. F. Oßwald, Kaufmann hier, mit A. M. Th. verw. Oßwald geb. Nicolai aus Zschopau.

Nicolaikirche.

1) J. Schweikart, Decorationsmaler hier, mit M. S. H. Thöner, Posamentierers in Ronneburg, S.-A., Tochter. 2) F. M. Lange, Buchhalter hier, mit J. M. H. Kirchhof, Criminal-Wachtmeisters hier Tochter.

Matthäikirche.

1) O. H. O. Sprotte, Buchhalter hier, mit A. L. Pforte, Maurers in Großzschocher hinterl. Tochter. 2) F. H. Kern, Briefträger hier, mit J. E. Tautenhahn, Webermeisters in Wildenfels hinterl. Tochter. 3) T. M. Stephan, Consul der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Annaberg, mit H. L. Weber, Lehrers hier hinterl. Tochter.

Peterskirche.

1) J. Ch. E. G. Rost, Kaufmann hier, mit B. E. von Schlame geb. Engel hier. 2) E. H. Hauke, Schäftefabrikant in Döbeln, mit M. Th. Hajny daselbst, Schneidermeisters hier Tochter. 3) R. Wenzel, Maschinenführer in L.-Connewitz, mit E. J. B. Schmidt, hier, Maurers zu Gnichwitz hinterl. Tochter. 4) B. K. B. Meerboth, Buchbindermeister in L.-Reudnitz, mit E. L. Börner, Bodenmeisters an der sächsischen Staatsbahn hier Tochter. 5) G. O. Niederlein, Mädchen-Bürgerschullehrer hier, mit A. P. Zimmermann in Zittau, Privatiers daselbst Tochter. 6) F. E. Kirsche, Kellner hier, mit J. M. M. Port hier, Puddelmeisters zu Braunschweig hinterl. Tochter.

Johanniskirche.

1) J. G. O. Jüppner, Barbier in L.-Lindenau, mit S. W. geschied. Krause geb. Boost von hier. 2) E. M. Goldschmidt, kaiserl. Postassistent hier, mit A. M. Langer in Ehrenfriedersdorf, Kaufmanns daselbst hinterl. Tochter. 3) K. F. H. Rinke, Drechsler hier, mit H. W. A. Enders, Hausmanns hier hinterl. Tochter.

Neues Theater.

Montag, den 9. Juli 1894.
Anfang 7 Uhr.
(184. Abonnements-Vorstellung, 4. Serie, braun.)
6. Gastspiel der Frau Lilli Petri vom Deutschen Theater in Berlin.

Preciosa.

Schauspiel mit Gesang und Tanz in 4 Acten von P. A. Wolff. Musik von C. M. von Weber.
Regie: Ober-Regisseur Grünberger. — Direction: Musikdirector Dr. Prehlinger.

Personen:

Don Francisko de Carcamo	Hr. Greiner.
Don Alonzo, sein Sohn	Hr. Taeger.
Don Fernando de Azevedo	Hr. Thiele.
Donna Clara, seine Gattin	Fr. Hermann-Benedix.
Don Eugenio, Beider Sohn	Hr. Feistel.
Don Contreras	Hr. Franck.
Donna Petronella	Fr. Kuntzschmann.
Der Zigeunerhauptmann	Hr. Borcherdt.
Viarda, Zigeunermutter	Frl. Buse.
Preciosa } Zigeuner	* * *
Lorenz } Zigeuner	Hr. Henning.
Sebastian } Zigeuner	Hr. Schröder.
Pedro, Schloßvoigt	Hr. Ernst Müller.
Fabio, ein Gastwirth	Hr. Kaps.
Ambrosio, ein valencianischer Bauer	Hr. Proft.
Erster } Bauer	Hr. Teplaff.
Zweiter } Bauer	Hr. Bärwinkel.
Ein Diener Don Carcamo's	Hr. Schmiedecke.

Bediente. Herren und Damen. Gäste Azevedo's. Valencianische Landleute. Eine Zigeunerhorde.

* * * Preciosa — Frau Lilli Petri, als Gast.

Vorkommende Tänze, arrangirt vom Balletmeister J. Golinelli.
Im 1. Act: Zigeuner-Tanz (Zambarillo), im 3. Act: Bauern-Tanz, ausgeführt von den Damen des Corps de Ballet.
Nach dem 2. Act findet eine längere Pause statt.
Texte à 20 ₰ an der Casse und bei den Logenschließern.
Beurlaubt: Herr de Grach, Herr Körner, Herr Krause, Frau Baumann, Frl. Jumisch, Frl. Lauterbach, Frl. Fiebig.

Schauspiel-Preise.

Parterre 1 ℳ 50 ₰. I. Parquet 3 ℳ. II. Parquet 2 ℳ 50 ₰. Parterre-Logen: Ein einzelner Platz 3 ℳ. Proscenium-Logen im Parterre und Balcon: Ein einzelner Platz 5 ℳ. Mittel-Balcon: Vorder-Reihen 5 ℳ, Mittel-Reihen 4 ℳ, Hinter-Reihen 3 ℳ. Seiten-Balcon 4 ℳ. Balcon-Logen: Ein einzelner Platz 3 ℳ 40 ₰. Proscenium-Logen im I. Rang: Ein einzelner Platz 3 ℳ. Amphitheater, Sperrsitz 3 ℳ. Stehplatz 1 ℳ 50 ₰. Logen des I. Ranges: Ein einzelner Platz 2 ℳ 60 ₰. II. Rang, Mittelplatz, Sperrsitz 1 ℳ 80 ₰. Seitenplatz 1 ℳ 25 ₰. Stehplatz 1 ℳ. III. Rang, Mittelplatz 75 ₰. Seiten- und Stehplatz 50 ₰. Proscenium-Logen im III. Rang 1 ℳ.

Einlaß ½7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen ½10 Uhr.

Repertoire. Dienstag, den 10. Juli (185. Abonnements-Vorstellung, 1. Serie, grün): „Czaar und Zimmermann“. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Heute Geschlossen.

Repertoire. Dienstag, 10. Juli: Geschlossen.

Die Direction des Stadttheaters.